



Das Bürger-Heer sitzt auf

Kulturkampf Die gehobenen Stände machen der „Unterschicht“ das Leben schwer und die Existenz prekär

■ **Stephan Lessenich**
Autor des Freitag

Es ist wieder chic, gegen Gleichheit zu sein – und darüber zu reden. Das Lob der Ungleichheit, das uns gegenwärtig stimmigewaltig entgegen tönt, richtet sich dabei nicht gegen die radikale Vorstellung einer Gleichheit im Ergebnis, also jene gesellschaftliche Verteilungsupotie, die Gerhard Schröder und Tony Blair vor nunmehr zehn Jahren zum ideologischen Gegner der neuen Sozialdemokratie erkoren. Heute, nach einem Jahrzehnt sozialdemokratisch mitgestalteter Reformpolitik vom Typus „Agenda 2010“, geht die Kritik der Gleichheit weiter und richtet sich gegen die klassische Idee eines sozialstaatlich organisierten Ausgleichs marktvermittelt ungleicher Lebenschancen sowie gegen das Prinzip sozialpolitischer Berechtigung der gesellschaftlich Schlechtergestellten.

„Umwerteilung“ steht bekanntermaßen seit geraumer Zeit auf der roten Liste missliebiger Sozialstaatsideen. „Gewährleistung“, „Ermöglichung“ und „Befähigung“ sind die höchsten der sozialen Gefühle, die sich die sozialpolitischen Eliten hierzulande noch erlauben. Von der regulativen Wende zu einem Sozialstaat getragen, dem „Versorgung“ als Fehlanreiz und „Eigenverantwortung“ als Sozialideal gilt, erleben wir nun eine Renaissance der Verteidigung der Freiheit, die besonders auf die Verteidigung des freien Denkens und Redens über die Freiheit zielt.

Im Sinne einer solchen „Freiheit zweiter Ordnung“ werden wir gegenwärtig Zeugen eines radikalen Freiheitsgebrauchs deutscher Denker und Meiner: Wäre es nicht angemessen, wenn die Bürger zum Krieg gegen die staatliche Steuergewalt antreten würden? Was, wenn man das öffentlich administrierte Soziale zugunsten einer Ökonomie der bürgerlichen Gabe befreien würde? Oder wenn man aus einem sumpfigen Moloch multikultureller Transferempfänger eine deutsche Metropole erfolgshungriger Eliten machen könnte? Ist es nicht legitim, die urbanen Sozialräume von unproduktiven Kostgängern des Steuerzahlers zu befreien und die Heerscharen öffentlicher Unterhaltsempfänger auf die Pflicht zur Arbeit – beziehungsweise das Recht auf Ausreise – zu verweisen?

Die Bewegung ist mittlerweile in einer Weise erstarkt, dass selbst die Führungsgremien der SPD schon davon gehört haben sollen. Die will sich nach Aussagen ihres designierten Vorsitzenden in Zukunft stärker als Partei der Freiheit positionieren. Wieder einmal springt die Sozialdemokratie damit auf einen Zug auf, der schon gehörig Fahrt aufgenommen hat. In den jüngst durch die Medien hallenden „Freiheit statt Gleichheit“-Rufen findet eine neue Bürgerlichkeit ihren Ausdruck, die seit geraumer Zeit bereits von den intellektuellen Dächern der Republik gepfiffen wurde. Jetzt aber ist sie endgültig im öffentlichen Diskurs angekommen.

Wir können Thilo Sarrazin und Peter Sloterdijk – den grobschlächtigen Bundesbank-Politiker zum einen und den feingeistigen Philosophen-Rektor andererseits – als die beiden Bannerträger eines gesellschaftlich tief liegenden und weit verbreiteten Wunsches nach einer Wiedergeburt der Bundesrepublik aus dem Geist des Bürgertums deuten, als Protagonisten des Willens zu einer bürgerlichen Wiedereroberung des sozialen und politischen Raumes. Während Sarrazin die Ökonomie der neubürgerlichen Gesellschaft bedient und den in ihr nistenden unproduktiven Elementen – vom arabischen Döner-Dreher bis zum bierbäuchigen Sofa-Hänger – den ideellen und materiellen Kampf ansagt, liefert Sloterdijk die besitzindividualistische Ethik dazu: Deutschland, ein einig Volk von freiwillig gebenden Bürgern, so sie nur vom enteignenden Fiskus in Frieden und nach Gutedünken leben (und geben) gelassen würden.

Die wenigen Ansätze von Kritik, die sich auf den gehobenen Rassismus („kleine Kopftuchmädchen“) und gepflegten Anti-Etatismus („Kleptokratie“) der beiden selbst ernannten Vorkämpfer einer freiheitlichen Bürgergesellschaft hin regten, wurden wiederum von zwei Sekundanten – FAZ-Herausgeber Berthold Kohler und Merkur-Herausgeber Karl-Heinz Bohrer – auf eine Weise gekontert, die über die Abgrenzungs- und Ausgrenzungsmechanismen der neuen Bürgerbewegung erst wirklich Aufschluss geben. Kohler wie Bohrer adeln Sarrazin wie Sloterdijk zu Freiheitskämpfern im Auftrag des Andersdenkens, die in einem Akt gelebter Zivilcourage jeweils reale soziale Missstände – die sozialpolitische



ILLUSTRATION: FRANCESCO BONGIORNI

20 Jahre nach dem Mauerfall erleben wir eine neue Bürgerbewegung, die nicht nach Inklusion, sondern Exklusivität strebt

Subventionierung unerwünschter Lebensformen hier, die steuerpolitische Ausbeutung der gesellschaftlichen Leistungsträger dort – beim Namen nennen, für ihren Willen zur Wahrheit aber von einem linken Meinungskartell öffentlich verunglimpft und zerfleischt werden. Halten wir uns nicht lange mit dem ungeklärten Rätsel auf, aus welchen unbekannt Machtzentren dieser Gesellschaft sich eine vermeintliche linke Deutungshegemonie wohl speisen sollte. Stellen wir lieber die ungleich bedeutsamere Frage: Worum geht es hier eigentlich?

Es geht tatsächlich, als Begleitprogramm zu einem liberalkonservativen Regierungswechsel, um Fragen der Freiheit – und der Gleichheit. Es geht den handelnden Personen um die Freiheit der gesellschaftlichen Eliten, ihre materielle Position kulturell zur Geltung zu bringen. Es geht um die Freiheit, nach den eigenen Maßstäben – jenen des ökonomisch gesicherten Bürgertums – zu leben und diesen Maßstäben allgemeine Anerkennung zu bewahren beziehungsweise wieder zu verschaffen. Um die Freiheit, die Lebensformen und Lebensführungsmuster der gehobenen Stände zur Norm der Verhaltenssteuerung und Umerziehung nicht-bürgerlicher Milieus zu machen. Es geht um eine groß angelegte gesellschaftliche Programmatik der Normierung und Normalisierung, in der die bürgerlichen Freiheitskämpfer nicht zuletzt krisenbedingt (sowie aus Gründen gesellschaftlicher Krisenfolgen-Antizipation) weite Teile der arbeitnehmerischen Mittelschichten und des freiberuflichen Mittelstands hinter sich wissen – die FDP-Wahlpartys lassen grüßen. Und es geht um eine aus dieser Programmatik erwachsende Politik, die all jenen Beine zu machen sucht (Mehr Eigenverantwortung! Jede Arbeit ist besser als keine! Wer sich nicht integriert, der fliegt! Familienzusammenführung ja, aber in der Heimat!), die der Norm des selbstständigen, leistungsfähigen, aufstiegsbereiten, belehrbaren und anpassungswilligen Bürgers angeblich oder tatsächlich nicht entsprechen.

Es ist dies auch – wenngleich in besonderer Weise – eine Programmatik der Gleichheit. Es geht den Gralshütern der Bürgerlichkeit darum, unter sich bleiben, unter ihresgleichen leben zu wollen. Damit ist eindeutig weder die Gleichheit der Citoyens noch die Anerkennung sozialer Bürgerrechte gemeint, sondern eine Gleichheit des Bourgeois, der die Gesellschaft nach dem Bild einer sich solidarisch um sich selbst kümmernden bürgerlichen Zugewinn- und Wertegemeinschaft zu organisieren sucht. In einer solchen Gesellschaft wird

Gleichheit zu einer Kategorie des Ausschlusses all jener, die nicht in dieses Bild passen – und sich den bürgerlichen Pädagogisierungs-, Moralisierungs- und Mobilisierungsanstrengungen nicht fügen.

20 Jahre nach dem Mauerfall erleben wir somit eine neue Bürgerbewegung, die diesmal nicht nach Inklusion strebt – vielmehr nach Exklusivität. Die von ihr angestrebte, neue Bürgergesellschaft konstituiert sich als Exklusionsraum sozialer Differenz: Diese Gesellschaft feiert weibliche Kanzlerinnen und erträgt schwule Außenminister, aber sie duldet nicht die Lebensweisen, Handlungsmuster und Ausdrucksformen der nicht-bürgerlichen „Unterschichten“ – ganz gleich (!) ob deutscher oder nicht-deutscher Staatsbürgerschaft.

Wo fing das an und wann? Vielleicht just mit der national-sozialen Beitritts- und Aufstiegsbewegung der 1989er? Mit Paul Noltes *Generation Reform* und der durch ihn (und sie) proklamierten Erneuerung bürgerlicher Werte? Mit Arnulf Barings Aufruf an die Bürgerschaft, gegen die zunehmende „Verrottung“ der Politik auf die Barrikaden zu gehen? Oder erst mit Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, dem – Dialektik der Geschichte! – aristokratischen Präzeptor neuer Bürgerlichkeit? Es bleibt künftigen Historikern überlassen, den intellektuellen Wurzeln des neuen deutschen Kulturkampfes nachzugehen.

Heutige Sozialwissenschaftler sollten ökonomische, politische und soziale Bedingungen der erfolgreichen Programmatik neuer Bürgerlichkeit erkunden, die mit „Sozialreformen“ und Morallehren, mit Aktivierungspädagogik und Schmarotzerrhetorik der Unterschicht das Leben schwer und die Existenz prekär macht. Der wäre zu wünschen, dass es nicht der Grundrechtsinterpretation von Bundesverfassungsrichtern überlassen bleibt, ob sie ihre Menschenwürde und ihr Recht auf gleiche Lebenschancen gegen den Angriff der neubürgerlichen Heilsarmee zu wahren vermögen. Die Unterschichten selbst müssten zur Quelle einer anti-bürgerlichen Gegenbewegung werden. Zu einem anständigen Kulturkampf gehören immer zwei.



Stephan Lessenich ist Professor für Soziologie an der Universität Jena. Soeben hat er gemeinsam mit Klaus Dörre und Hartmut Rosa *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte* im Suhrkamp-Verlag veröffentlicht

Community Debatte

Alles Wahlbluff: Wird Opel unter GM überleben?

Pro Ja, leider. Es wird auch unter GM wieder sinnlos Geld in Techniken von gestern und vorvorgestern investiert werden. Die Automobilindustrie wird – leider – den gleichen skandalösen Weg, wie der westdeutsche Steinkohlebergbau gehen. Es ist bedauerlich, dass in längst vergangenen Zeiten investiert wird.
siggy

Contra Es ist m. E. auch nur eine Frage der Zeit, wann GM selbst den Bach runter geht. 20 Jahre in neue Werke in Billiglohnländer, nicht aber in Innovation und zukunftsfähige Technik zu investieren, stattdessen ausschließlich kurzfristige Gewinnmaximierung zu betreiben, geht langfristig nicht gut. Daran kränkt die ganze Autoindustrie. Doch ein finanziell marodes Unternehmen, das sich zusätzlich auch noch mit Restrukturierung befassen muss, wird den Anschluss an den harten Wettbewerb nicht aufholen können. Hinzu kommt natürlich, dass sich die gesamte amerikanische Kultur der strategischen Unternehmensführung der letzten 20 Jahre nun als das herausstellt, was es ist, ohne Sinn und Verstand. Leider zu Lasten der Weltwirtschaft. Und der Menschen. Auch der Opelmitarbeiter. Der Deal mit Magna hätte für Opel langfristig eine Chance für die Zukunft sein können. Doch leider hat unsere Regierung damals andere Prioritäten gehabt – Wahlen. Der Fall Opel jedenfalls kann sich für Frau Merkel und die noch junge Regierung als Stolperstein erweisen.
Angelia

Pro Die ehrlichere Reaktion wäre die Liquidation gewesen! So, wie es bei jeder maroden Firma üblich ist. Das geschieht täglich tausendfach. Leider wird Opel nun zumindest solange überleben, wie es für GM nützlich ist. Mit Kündigungen selbstverständlich, scheinbarweise über die nächsten Jahre. Das muss nicht auf ein langsames Sterben hinauslaufen. Neuentwicklungen von elektrisch betriebenen Fahrzeugen werden weitergehen. Für eine Weile wenigstens.

Die Entwicklungen können dann „gewinnbringend“ als „Technologie-Transfer“ via USA an die chinesische GM-Tochter weitergegeben werden. Der „Gewinn“ ist zwar, gemessen an den Schulden der USA an China, schon verpufft und die US-Regierung erhält so die gewährleisteten Kredite, die sie an GM gegeben hat, zurück. Das war klar, insofern war es ein Wahlbluff! Dennoch, schließlich gehört Opel GM und die können machen was sie wollen.
sachichma

Contra Das ist keine Meinungsfrage sondern Spekulation. Sollten Opel schnell marktfähige Innovationen gelingen, gibt es eine Chance. Sonst sagt mir meine begrenzte prophetische Intuition: Nein, nicht in einem auf Jahre (auch mittels der Abwrackprämie) gesättigten Marktumfeld mit starker Konkurrenz, nicht mit dem wankelmütigen Regime aus Detroit im Hintergrund, das zunächst an die Interessen der Konzernmutter denkt und nicht mit einem durch die Krise zusätzlich lädierten Image.
Wechselwähler Paul

Pro Ja, aber unter ungleich schlechteren Bedingungen für die Belegschaften der deutschen Opel-Werke. Ja, aber unter Einsatz von noch mehr Staatsknete. Ja, denn Bundesregierung, Landesregierungen und Gewerkschaften haben sich erpressbar gemacht.
mainzer